

OLG Hamburg: Auftraggebereigenschaft einer Messegesellschaft

Entscheidung vom 25.01.2007 – 1 Verg 5/06

1. Eine zu 100% von einer Kommune (über eine Holdinggesellschaft) getragene Messegesellschaft ist jedenfalls dann öffentlicher Auftraggeber im Sinne des § 98 Nr. 2 GWB, wenn sie das wirtschaftliche Risiko ihrer Tätigkeit wegen einer Gewinnabführungs- und Verlustausgleichsvereinbarung nicht selbst trägt.
2. Eine sog. de-facto-Vergabe ist nach § 13 Satz 6 VgV analog nichtig, wenn es der Auftraggeber unterlassen hat, ein Unternehmen, dessen Interesse am Auftrag er kannte, über den bevorstehenden Vertragsschluss zu informieren.

OLG Koblenz: Rechtswidrige Ausschreibung – Schadensersatz für nutzlose Angebotskosten?

Entscheidung vom 15.01.2007 – 12 U 1016/05

1. § 126 GWB findet auch Anwendung, wenn die Vergabestelle rechtswidrig nicht gemäß § 17a VOB/A europaweit ausgeschrieben hat.
2. Die Zulässigkeit des Nachprüfungsverfahrens ist ausschließlich von der Anwendbarkeitsvoraussetzung des § 100 Abs. 1 GWB abhängig.
3. Dem zweitplatzierten Bieter kann hinter dem rein preislich gesehen günstigsten Anbieter eine echte Chance zum Erhalt des Zuschlags im Sinne des § 126 GWB nicht abgesprochen werden.

Generalanwalt beim EuGH: Bestandsschutz von vergaberechtswidrigen Verträgen – „pacta sunt servanda“?

Entscheidung vom 28.03.2007 – Rs. C-503/04

Vergaberechtswidrige Verträge genießen nach europäischem Recht unter keinem Gesichtspunkt Bestandsschutz, auch nicht nach der nationalen Regelung „pacta sunt servanda“.

